

Wahlprüfsteine der Initiative Nutheschlange (Version 2)

Wir haben den Parteien vor der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 Fragen zum Abriss der Nutheschlange gestellt und um eine Stellungnahme bis zum 19. Mai 2019 gebeten (Anschreiben siehe Anhang A). Die Antworten möchten wir im Folgenden transparent aufführen.

Die Reihenfolge der Stellungnahmen der Parteien entspricht der offiziellen Reihenfolge entsprechend der Wahlbekanntmachung: DIE LINKE, SPD, CDU, GRÜNE/B90, DIE aNDERE, Bürgerbündnis, FDP, BVB/FREIE WÄHLER und Die PARTEI.

Das Bürgerbündnis hat nicht geantwortet.

Für DIE LINKE antwortete Stefan Wollenberg.
Für die SPD antwortete David Kolesnyk.
Für die CDU antwortete Götz Friederich.
Für GRÜNE/B90 antwortete Andreas Walter.
Für DIE aNDERE antwortete Lutz Boede.
Für die FDP antwortete Björn Teuteberg.
Für BVB/FREIE WÄHLER antwortete Andreas Menzel.
Für Die PARTEI antworteten Luisa Preschel und Alexander Frehse.

Das Antwortschreiben der CDU ist nicht den konkret gestellten Fragen zuzuordnen (Zuordnung erfolgte zu Frage 1). Das gesamte Antwortschreiben ist der Vollständigkeit halber in Anhang B aufgeführt.

Eine erste Version vom 21.05.2019 enthielt noch nicht die Antwort von DIE LINKE. Die Antwort von DIE LINKE erfolgte am 25.05.2019 und wurde am 25.05.2019 nachgetragen.

Unsere Fragen:

1. Stimmen Sie uns zu, dass eine Sanierung des Gebäudes grundsätzlich einem Neubau vorzuziehen ist, solange nicht zwingende baustatische Gründe oder geänderte Nutzungsanforderungen einen Abriss erforderlich machen?

DIE LINKE

Der Erhalt eines Gebäudes ist dem Abriss grundsätzlich immer vorzuziehen.

Im konkreten Fall muss der Erhalt des Terrassenhauses („Kopf“ der Nutheschlange) in Zentrum Ost prioritäres Ziel der Planungen sein. Die Pro Potsdam als Eigentümerin und Vorhabensträgerin muss für die Stadtverordneten und für die AnwohnerInnen sämtliche Gutachten zu Baumängeln in der Nutheschlange offenlegen. Wir sprechen wir uns klar für die intensive Prüfung möglicher Sanierungskonzepte aus. Es handelt es sich um ein Ortsbild prägendes Gebäude neuerer Zeit. Pro Potsdam will als Vorhabensträger einen Ersatzneubau ohne B-Plan in der s.g. einfachen Verfahrensweise für das Terrassenhaus vornehmen.

Sollte sich ein Abriss und Neubau als unumgänglich erweisen, ist eine umfassende und verbindliche Beteiligung der Anwohner*innen in Zentrum-Ost zu sichern. Soweit sich das Vorhaben innerhalb der Bedingungen des bestehenden B-Plans bewegt, wird sich DIE LINKE. dafür einsetzen, dass die PRO Potsdam als städtisches Unternehmen durch den Oberbürgermeister angewiesen wird, eine solche verbindliche Bürgerbeteiligung durchzuführen und deren Ergebnisse in der Planung zu berücksichtigen.

Sollten die vorgesehenen Neubaumaßnahmen die Rahmenbedingungen des bestehenden B-Planes hinsichtlich Nutzung, Baumassen etc verlassen, ist selbstverständlich ein ordentliches B-Plan-Verfahren mit frühzeitiger Bürger*innenbeteiligung durchzuführen.

SPD

Die Nutheschlange ist ein gelungenes Ensemble, das es nach Möglichkeit zu erhalten gilt. Das Vorhaben ist jedoch leider im Detail nicht gut geplant und schlecht gebaut worden. Die sich daraus ergebenden Baumängel sind zweifelsfrei erheblich. Die Schmetterlingshäuser konnten bereits mit hohem Aufwand saniert werden. Bei den Anglerhäusern steht die Sanierung teilweise noch aus. Für das Terrassenhaus steht nach aktuellem Stand der Abriss an. Soweit sachliche Gründe das rechtfertigen, ist jedoch abzuwägen, inwieweit der Ensembleerhalt den Einsatz höherer wirtschaftlicher Mittel rechtfertigt. Für uns ist maßgeblich, inwieweit auch mit einem Neubau das Ensemble erhalten werden kann, ein Neubau sich also an der städtebaulichen Idee orientiert und die städtebauliche Geste wieder ergänzt.

CDU

Wir sind keine Bauingenieure, Architekten etc. und können deshalb keine Stellungnahme abgeben, ob das jetzt angekündigte Verfahren sachlich angemessen, technisch richtig und wirtschaftlich vertretbar ist. Insofern stellten wir uns aber gern an Ihre Seite und fordern eine Transparenz, die es uns allen ermöglicht, die getroffene Entscheidung nachvollziehen zu können. Hier werden wir darauf drängen, den berechtigten Anwohnerinteressen „Rede und Antwort“ zu stehen.

Sollte sich in Folge dessen herausstellen, dass die jetzt getroffene Abriß/Neubau-Entscheidung weder baufachlich, noch wirtschaftlich vertretbar ist, werden wir uns für den Erhalt bzw. die Sanierung der Anlage stark machen. Sollte sich herausstellen, dass die getroffene Entscheidung als „ultima ratio“ begründet ist, werden wir darauf drängen, den Umbauprozess so verträglich, wie möglich zu gestalten.

Allererster Anspruch ist jedoch: die ProPotsdam muss im öffentlichen Raum alle Daten und Fakten nachvollziehbar aufgearbeitet „auf den Tisch“ legen, um dem selbstgesetzten Anspruch an transparentes Handeln gerecht zu werden. Tut sie dies nicht bzw. gelingt dies ihr nicht, werden wir alles daran setzen, dass hier keine „Fehlentscheidungen“ realisiert werden.

Grüne/B90

Grundsätzlich ja, es ist aber immer eine Abwägung im Einzelfall, bei dem noch etliche andere Aspekte eine Rolle spielen, von denen Sie in den folgenden Fragen einige selbst ansprechen.

DIE aNDERE

DIE aNDERE setzt sich grundsätzlich für einen nachhaltigen Umgang mit vorhandener Bausubstanz ein. Sanierbare Gebäude sollten instandgesetzt und weitergenutzt werden, solange dies möglich ist. Diese Position gilt für uns sowohl in der Potsdamer Mitte (Fachhochschule, Haus des Reisens, Staudenhof) als auch im Umgang mit der Nutheschlange in Zentrum Ost.

FDP

Ein Abriss kann immer nur das letzte Mittel sein. Vorher müssen alle Alternativen auf vernünftige und wirtschaftliche Lösungen geprüft sein.

BVB/FREIE WÄHLER

Ja.

Die Partei

Das T in PARTEI steht für Tierschutz und Tierwahlrecht. Die Häutung der Schlange, sozusagen eine Sanierung von innen heraus, begrüßen wir unter tierrechtlichen Aspekten.

2. Mit welcher Gewichtung (z.B. Prozentangabe oder Reihenfolge) sollten die Themenbereiche Kosten und Wirtschaftlichkeit, AnwohnerInnen-Anliegen, Stadtökologie und Baukultur als Entscheidungskriterien bei der Stadtentwicklung Berücksichtigung finden?

DIE LINKE

Die Entwicklung des Zentrum Ost muss ganzheitlich und langfristig betrachtet werden, muss also auch die derzeit geplante benachbarten Bauvorhaben Sporthalle und Errichtung von Wohnblöcken an der Havel beinhalten und zukünftige Entwicklungen berücksichtigen.. Wichtig ist doch, welche Ziele im Wohngebiet insgesamt erreicht werden sollen. Für diesen Prozess braucht es verbindliche und langfristige Mechanismen der Beteiligung für die Anwohner*innen. Dafür gibt es bereits Beispiele z.B. bei der Entwicklung der Gartenstadt Drewitz oder bei dem jetzt begonnenen Prozess zur weiteren Entwicklung des Schlaatzes. Auch hier hat DIE LINKE. sich für eine verbindliche Beteiligung der Anwohner*innen stark gemacht und diese auch durchsetzen können.

DIE LINKE. sieht dabei folgende Kriterien als zentral an:

- Erhalt des Charakters des Wohngebiets unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Anwohner*innen
- Erhalt der sozialen Zusammensetzung und ein langfristig stabiles und sozialverträgliches Mietniveau
- Schutz der Grün- und Waldflächen, insbesondere des „Nuthewäldchens“ vor baulichen Eingriffen sowie ökologische Bauweisen, z.B. Fassaden- und Dachbegrünung
- Bedarfsgerechte Entwicklung der Infrastruktur (Kitas, Schulplätze, medizinische und pflegerische Versorgung, Einkaufsmöglichkeiten, Verkehrsanbindung, Parkraum)

SPD

Aus reiner Unternehmenssicht ist die Wirtschaftlichkeit maßgeblich. Aus politischer Sicht spielen die weiteren Aspekte allerdings eine ebenso wichtige Rolle. Eine Rangfolge lässt sich hier ohne den Blick auf das jeweils Ganze (Nutheschlange, Zentrum Ost, ProPotsdam als Unternehmen, die Landeshauptstadt Potsdam) nicht bilden. Maßgeblich ist welche Vor- und Nachteile welches Ergebnis mit sich bringt.

Grüne/B90

Entscheidungen und Entwicklungen zur Stadtentwicklung kann man nicht errechnen, es wird immer um eine Abwägung der verschiedenen von Ihnen genannten Belange gehen müssen. Nicht mal gesetzlich geschützten Belangen wie Naturschutz und Denkmalpflege kann man mit einer einfachen Aussage zur Priorität verhelfen, wie wir schon mehrfach erleben mussten. Es bleibt ein Abwägungsprozess

DIE aNDERE

So pauschal lässt sich das nicht beantworten. Auf jeden Fall dürfen Wirtschaftlichkeit und Verwertungsinteressen nicht rücksichtslos gegenüber den Interessen der Anwohner*innen und den ökologischen Folgen durchgesetzt werden.

FDP

Man darf die erwähnten Themenbereiche nicht gegeneinander ausspielen. Am Ende muss immer ein vernünftiger Kompromiss zwischen allen Anforderungen stehen, der aber nur im Dialog mit allen Beteiligten gefunden werden kann.

BVB/FREIE WÄHLER

Kosten und Wirtschaftlichkeit 35% jedoch unabhängige Berechnungen mit seriösen Annahmen, Anwohneranliegen 35%, Städtebau Ökologie 30%.

Die Partei

Das Bier entscheidet!

3. Das Neubauvorhaben in der „Nutheschlange“ wird u.a. auch mit der erreichbaren Nachverdichtung durch Verdopplung der Wohnungsanzahl begründet. Halten Sie eine Nachverdichtung und langfristige Bauvorhaben, ohne aktive Gestaltung des infrastrukturellen Umfeldes (Verkehrsanbindung, Parkmöglichkeiten, Kita- und Schulanbindung, Bauverkehrsplanung, etc.) für sinnvoll?

DIE LINKE

Eine weitere Nachverdichtung der Bebauung im Zentrum Ost ohne aktive Gestaltung des infrastrukturellen Umfeldes lehnen wir ab. Ein Gesamtkonzept zur Entwicklung des Zentrum Ost unter Einbeziehung des infrastrukturellen Umfeldes (Verkehrsanbindung, Parkmöglichkeiten, Kita- und Schulanbindung, Bauverkehrsplanung, etc.) und der verantwortlichen Genossenschaften und Bauträger ist notwendig. Da im Wohngebiet Zentrum Ost in den letzten Jahren umfangreich gebaut und verdichtet wurde, sehen wir das Nachverdichtungspotential ohne ein solches umfassendes Gesamtkonzept als erschöpft an.

SPD

In Zentrum Ost ist die Infrastruktur grundsätzlich vorhanden und wurde/wird aktuell im Bereich Kita/Schule ausgebaut. Die Tram verläuft direkt vor der Tür und das Wohngebiet ist mit dem Bus schnell an den Hauptbahnhof angeschlossen. Vor Ort viel diskutiert wird die Parkplatzsituation. Hier steht für uns fest, dass dieses Problem nicht auf Kosten von Grünflächen gelöst werden kann. Das bedeutet konkret, dass ein Stellplatznachweis in Tiefgaragen gegenüber dem Verlust von Grünflächen vorzuziehen ist. Unter den oben genannten Gesichtspunkten sehen wir eine aktive Gestaltung des infrastrukturellen Umfeldes gegeben, die eine gezielte Nachverdichtung ermöglichen.

Grüne/B90

Eine Verdichtung im Stadtinneren ist, wenn es städtebaulich, verträglich gestaltet werden kann, grundsätzlich sinnvoll, natürlich müssen die Nachfolgen in der sozialen Infrastruktur und Mobilität berücksichtigt werden, das ist darzustellen. Es ist ein großer Vorteil für den Standort, dass die Straßenbahnhaltstelle fast direkt vor der Tür liegt.

DIE aNDERE

Die erforderliche Infrastruktur ist für uns nicht das Hauptargument gegen den Abriss des Terrassenhauses und den Neubau zusätzlicher Wohnungen an dieser Stelle. Wir lehnen den Abriss grundsätzlich schon deshalb ab, weil der Kopfbau der Nutheschlange Bestandteil einer architektonisch einmaligen Wohnanlage ist, die wir unbedingt erhalten wollen. Die ProPotsdam sollte auf jeden Fall diese besonderen Wohnungen in ihrem Bestand behalten.

FDP

Infrastruktur muss immer am Anfang stehen! Deshalb muss mit ihrer Planung bereits lange vor einem Bauvorhaben begonnen werden.

BVB/FREIE WÄHLER

Grundsätzlich ja, es kommt jedoch darauf an. Potsdam Ost ist eng genug!

Die Partei

Eine Nachverdichtung stimmen wir als Die PARTEI nur zu, wenn unsere Nahverkehrskatapultplanung berücksichtigt wird. Wie sollen die ganzen Babelsberger Kinder, die eine Kita in Zentrum Ost besuchen, sonst an ihren Zielort fliegen?

4. Für eine Nachverdichtung können innerhalb der „Nutheschlange“ auch freigehaltene Wohnungen zwischenvermietet, gebundener und ungebundener Wohnraum umgewidmet und die Geschwindigkeit der Sanierung einzelner Wohnungen oder Wohnkomplexe erhöht werden.

4.1 Stimmen Sie uns zu, dass für eine Nachverdichtung alternative Möglichkeiten einem Neubauvorhaben vorzuziehen sind?

4.2 Welche weiteren Alternativen zur Nachverdichtung mittels Neubau sind aus Ihrer Sicht möglich?

DIE LINKE

Zu 4.1: Eine zügige Sanierung und dauerhafte Nutzbarmachung vorhandenen Wohnraums ist natürlich sinnvoll. Eine zeitlich begrenzte Zwischenvermietung von Wohnungen sollte aus unserer Sicht möglichst vermieden werden, da die betroffenen Mieter*innen nach Ablauf des Mietzeitraums nicht abgesichert sind und keinen Anspruch auf alternativen Wohnraum haben. Sie kommt aus unserer Sicht daher nur für spezielle Nutzungen wie z.B. die zeitlich begrenzte notwendige Umsetzung bei Sanierungen in Frage. Die Umwidmung gebundenen Wohnraums für andere Zwecke lehnen wir grundsätzlich ab, da der verfügbare mietpreis- und belegungsgebundene Wohnraum bei weitem nicht ausreicht. Insgesamt sind die von Ihnen in der Fragestellung benannten Optionen allerdings keine „echten“ Alternativen zur Nachverdichtung, da sie keinen zusätzlichen Wohnraum schaffen.

Zu 4.2: Mögliche Alternativen zu einer Nachverdichtung durch Neubau sind beispielsweise Umbauten und Erweiterungen von Bestandsgebäuden, z.B. durch Aufstockungen. Hier gibt es gelungene Beispiele und Erfahrungen auch von Potsdamer Unternehmen, beispielsweise mit den Würfelhäusern am Schlaatz oder Kopfbauten auf Wohnblocks in der Waldstadt II. Im Rahmen eines Gesamtkonzepts für das Wohngebiet, könnten entsprechende Potenziale auch in Zentrum-Ost geprüft werden.

SPD

Zu 4.1: Eine Nachverdichtung bedeutet, dass nach dieser mehr Wohnfläche zur Verfügung steht. Die im Eingangsabschnitt zur Frage genannten Möglichkeiten schaffen jedoch keinen zusätzlichen Wohnraum und stellen somit keine Nachverdichtung dar.

Zu 4.2: Für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im Rahmen der Innenverdichtung sind die Überbauung von Supermärkten und Parkplätzen grundsätzlich mögliche Optionen, wie auch der Dachgeschossausbau oder Aufstockung vorhandener Bestandsgebäude. Angesichts des erheblichen Wohnraummangels stellt sich jedoch die Frage, inwieweit solche Möglichkeiten als Alternativen zu sehen sind.

Grüne/B90

Da es bei dem Neubauvorhaben nur um das Kopfgebäude der Nutheschlange geht, kann dies als Ergänzung innerhalb der weiteren Nutheschlange möglicherweise eine Methode der Nachverdichtung sein. Damit erübrigt sich die Beantwortung der beiden Unterpunkte.

DIE aNDERE

Wir halten eine bauliche Nachverdichtung in der Nutheschlange aus baukulturellen Gründen für nicht wünschenswert. Aus unserer Sicht kann aber zwischen Nutheschlange und Humboldtbrücke ein schmales Stück mit neuen Wohnungen bebaut werden. Allerdings lehnen wir eine Umwidmung und Bebauung der Grünfläche im Uferbereich rigoros ab.

FDP

Zu 4.1: Vor einer Nachverdichtung sollten kurzfristig realisierbare Lösungen in jedem Fall geprüft werden.

Zu 4.2: Vorhandene Kapazitäten müssen genutzt werden. Zur Schaffung neuen bezahlbaren Wohnraums darf die Nachverdichtung aber kein Tabu sein.

BVB/FREIE WÄHLER

Zu 4.1: Müsste ich mir genauer ansehen!

Zu 4.2: Aufstockungen von 1-4 Geschosser in zentralen Lagen.

Die Partei

Da müssen Sie bitte die Schlange fragen, wie entscheiden über keinen Tierkopf hinweg.

5. In welcher Form lassen sich aus Ihrer Sicht AnwohnerInnen-Anliegen bei derartigen Vorhaben besser berücksichtigen?

DIE LINKE

Dafür braucht es einen umfassenden, das ganze Wohngebiet betreffenden strukturierten und langfristig angelegten Beteiligungsprozess. Dieser könnte z.B. durch die Werkstatt für Beteiligung, die „Stadtspuren“ als Zusammenschluss der Potsdamer Wohnungsunternehmen und die Stadtverwaltung gemeinsam auf den Weg gebracht werden.

Veranstaltungen der Stadt, in denen AnwohnerInnen lediglich unveränderliche Informationen mitgeteilt werden, ist nach den Vorstellungen der LINKEN keine BürgerInnenbeteiligung.

SPD

Durch frühzeitige und transparente Information. Werden MieterInnen und AnwohnerInnen schon auf dem Weg der Entscheidungsfindung einbezogen, kann auch für sie nachvollziehbar werden, wie es zu einer konkreten Entscheidung kam. Das bedeutet allerdings nicht, dass diese von allen auch geteilt wird.

Grüne/B90

Es ist wichtig, die betroffenen Anwohner*innen ausreichend zu informieren und ihre Belange und Anregungen zu berücksichtigen. Die Grundlagen der Geschäftsaufgaben der ProPotsdam, deren Wirtschaftlichkeit ja kein Selbstzweck ist, sondern den sozialen und wohnungspolitischen Zielen der Landeshauptstadt Potsdam dient, dürfen dadurch aber nicht in Frage gestellt werden. Darüber hat der Aufsichtsrat der ProPotsdam zu wachen, der seit 2014, auch durch unser Betreiben, Vertreter fast aller Fraktionen umfasst.

DIE aNDERE

Die Anwohner*innen müssen frühzeitig über alle Planungen informiert werden und ihre Positionen einbringen können. Als organisatorischer Rahmen dafür sind öffentliche Einwohnerversammlungen geeignet, in denen die Stadt und ihre Wohnungsgesellschaft das Bauvorhaben und die weiteren Abläufe transparent darstellen und Rede und Antwort stehen sollen. Vorschläge und Anregungen der Anwohner*innen und Mieter*innen müssen ernsthaft diskutiert werden.

FDP

Durch Transparenz, Information und Dialog.

BVB/FREIE WÄHLER

Durch eine echte Mitwirkungsbeteiligung, nicht die bisherigen ALIBI Veranstaltungen der Stadtmacht

Die Partei

Wir als PARTEI haben dafür ein sehr beliebtes Format entwickelt: Trinker fragen, Wähler antworten.

Und vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahl:

6. Werden Sie sich, wenn Sie in die Stadtverordnetenversammlung gewählt werden, für das von uns geforderte Moratorium für das Abrissvorhaben und eine fachlich neutrale Begutachtung der Baumängel einsetzen?

DIE LINKE

Ja.

SPD

Wir unterstützen das Bestreben nach mehr Transparenz sowie Ensembleerhalt (auch bei Neubau). Insoweit sollte zügig erneut zum Vorhaben kommuniziert werden und bezüglich strittiger Schlüsse aus den zweifelsfrei gegebenen erheblichen Baumängeln ein Verfahren vereinbart werden.

Grüne/B90

Wir haben keine Veranlassung, die Begutachtung der Baumängel vom Kopfgebäude der Nutheschlange zu bezweifeln, sie sind bereits nachvollziehbar dargestellt worden. Die Schaffung von städtischem, sozialverträglichem Wohnraum ist ein zentrales Anliegen, deshalb ist ein verzögerndes Moratorium hier nicht angebracht.

DIE aNDERE

Ja. In unserer Wählergruppe gibt es viele bekennende Fans der Nutheschlange. Wir werden alles versuchen, diese Wohnanlage zu retten.

FDP

Wir werden das Abrissvorhaben kritisch hinterfragen und uns für eine Prüfung sinnvoller Alternativen einsetzen.

BVB/FREIE WÄHLER

Ja

Die Partei

Für einen Kasten Bier, vielleicht!

7. Durch welche konkrete Fraktionsarbeit werden Sie die Forderungen der Initiative berücksichtigen und umsetzen?

DIE LINKE

Wie bereits oben ausgeführt werden wir uns dafür einsetzen, dass der Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter die PRO Potsdam anweist, im Falle eines Neubaus auf der Fläche des „Terrassenhauses“ eine verbindliche Bürger*innenbeteiligung durchzuführen und deren Ergebnisse in der Planung zu berücksichtigen.

Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass auch für das Zentrum Ost ein umfassendes Gestaltungs- und Entwicklungskonzept für die kommenden Jahre im Rahmen eines verbindlichen Beteiligungsprozesses erarbeitet wird.

SPD

Durch konkrete Nachprüfung der kritisierten Punkte durch fachlich versierte Fraktionsmitglieder, die aufgrund ihrer beruflichen Erfahrung die konkreten Darstellungen von Kosten und Maßnahmen nachvollziehen und prüfen können. Unabhängig davon wird die ProPotsdam die aus ihrer Sicht relevanten Gründe offen darlegen.

Grüne/B90

Die Fraktion wird sich ohnehin für eine städtebaulich und architektonisch geeignete Lösung für diesen Standort sowie sozialverträgliche Mieten einsetzen. Im Aufsichtsrat werden wir zusätzlich eine erneute Information beantragen, die dann auch für die Öffentlichkeit bestimmt ist.

DIE aNDERE

Die Stadtverordneten können den Oberbürgermeister als Gesellschaftervertreter in der ProPotsdam GmbH verpflichten, der Geschäftsführung Weisungen zu erteilen. Wenn es eine Mehrheit in der SVV dafür gibt, kann also die bisherige Planung in der Nutheschlange gestoppt werden. Wir werden nach der Kommunalwahl gern die erforderlichen Anträge stellen und uns dazu mit der Initiative Nutheschlange abstimmen.

FDP

Siehe Antwort zu 6.

BVB/FREIE WÄHLER

Strebe Mitgliedschaft im Bauausschuss an.

Die Partei

Wir werden gemeinsam mit der Schlange einen Weg finden, wie wir uns mit spitzer Zunge elegant durch die SVV schlängeln können. Das setzt voraus, dass Sie uns mit den für den Fraktionsstatus benötigten zwei Mandaten beglücken. Also macht keinen Scheiß mit eurem Kreuz!

Anhang A:

Anschreiben vom 12. Mai 2019:

Sehr geehrte Mitglieder der Fraktion,

ich wende mich als Anwohner des Wohnkomplexes „Nutheschlange“ und als Mitglied der Initiative Nutheschlange mit der Bitte an Sie, die im Folgenden aufgeführten Fragen **bis zum 19.Mai** zu beantworten.

Hintergrund:

Die "Nutheschlange" ist ein Wohnkomplex mit Tiefgaragenstellplätzen entlang der Nutheschnellstraße. Das architektonisch anspruchsvolle und kunstvoll gestaltete Ensemble stellt eine begrünte und bewohnte Schallschutzwand für das gesamte Wohngebiet Zentrum-Ost dar und bietet gleichzeitig einen ökologisch wertvollen Lebensraum für Mensch und Natur. Das "Terrassenhaus", der „Kopfbau“ dieser erst vor 20 Jahren erbauten Wohnlage, soll im 2. Halbjahr 2019 abgerissen werden. Vorgesehen ist an dieser Stelle ein Neubau, für den es bislang keine detaillierten Pläne gibt und von dem zu befürchten ist, dass er nicht die Funktionalität eines Lärm- und Emissionschutzes bieten kann und wird. Als Gründe für den Abriss führt die *ProPotsdam*, Eigentümerin der Wohnanlage, Baumängel und die Notwendigkeit der Nachverdichtung auf. Die Konzeption des Neubauprojekts soll nach den Plänen der *ProPotsdam* erst im Rahmen eines Architektur-Wettbewerbs nach dem Abriss erfolgen.

Zur Information und zur Unterstützung und Verbreitung unseres Anliegens können Sie auch unsere Petition nutzen:

<https://www.openpetition.de/!terrassenhaus>

Veranstaltungshinweis (So. 12.05.2019):

<https://www.bundesstiftung-baukultur.de/veranstaltungen/terrassenhaus>

.....

Initiative Nutheschlange:

Wir, die Initiative „Nutheschlange“ fordern als vom geplanten Abriss betroffene AnwohnerInnen u.a. ein, dass

1. das Abrissvorhaben ohne einen fachlich begründeten Ausschluss einer Sanierungslösung nicht umgesetzt wird,
2. die Entscheidungsgrundlagen für den Abriss (Gutachten, Beschlüsse, Verhandlungsprotokolle) transparent gemacht werden,
3. die vorhandenen Baumängel aufgearbeitet und öffentlich gemacht werden, um auf dieser Grundlage ein Qualitätsmanagement für die zukünftige Vermeidung von Baumängeln im städtischen Wohnungsbau zu entwickeln,
4. die Anliegen der AnwohnerInnen bei den Entscheidungen Berücksichtigung finden, indem sie bspw. in Verhandlungen, bei Begehungen und bei der Gestaltung zukünftiger Projekte eingebunden werden.

[Es folgten die oben aufgeführten Fragen]

Anhang B:

Anschreiben von Götz Friederich (CDU):

Sehr geehrter Herr Buchin,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihre Bitte um Stellungnahme zu dem von Ihnen geschilderten Sachverhalt bzw. zu Ihren Fragen.

Wir haben uns innerhalb der CDU Babelsberg/Zentrum Ost verständigt und ich darf kurz wie folgt Stellung nehmen.

Ich war seinerzeit bei der Grundsteinlegung der „Nutheschlange“ dabei. Seit dieser Zeit d.h. seit dem Bau ist die „Nutheschlange“ über all die Jahre hinweg immer wieder Gegenstand von bautechnischen Diskussionen gewesen. Immer wieder kam es zu Klagen von Anwohnern an uns Stadtverordnete über Mängel, Sanierungsfälle und sonstige bauliche Beeinträchtigungen. Irgendwie – so schien es – steckte seit der Grundsteinlegung „der Wurm“ in der „Nutheschlange“ „drin“.

Wir hatten immer gehofft, dass diese baulichen Mängel und Beeinträchtigungen irgendwann mal dauerhaft behoben und erledigt sein würden. Denn natürlich haben wir ein Interesse daran, dass die Einwohnerinnen und Einwohner ohne Beeinträchtigungen in der „Nutheschlange“ leben können.

Der Entschluss der ProPotsdam, den „Kopfbau“ jetzt zurückbauen und dafür einen Neubau errichten zu lassen, hat uns ebenso überrascht, wie Sie. Von daher verstehen wir die von Ihnen geäußerten Bedenken einerseits um die Frage „muss das sein?“, aber auch um die Frage nach dem Ablauf und Verfahren. Gerade der letzte Punkt lässt schon jetzt viel Ungemach erahnen, wenn man bedenkt, dass zu gleicher Zeit, wo das Parkhaus der „Nutheschlange“ wegfallen soll, der KIS eine Sporthalle beim Schulcampus der Lenné-Schule errichtet und für die Baustellenverkehre großräumig Halte- und Parkverbotszonen in diesem Wohngebiet errichtet werden sollen. Man „kennt“ ja „Potsdam“ – gerade wenn es um transparente und abgestimmte Kommunikationen geht.

Zu den von Ihnen gestellten Fragen:

[es folgte die in Frage 1 dargestellte Antwort]

Für die CDU Babelsberg / Zentrum Ost

Mit freundlichen Grüßen

Götz Friederich

Kreisvorsitzender

CDU Kreisverband Potsdam